

# **Stellungnahme zum Antrag der Fraktion der FDP „Den europäischen Katastrophenschutz durch NRW-Initiativen stärken – Nordrhein-Westfalen muss sein Schweigen brechen und weitere europäische Solidarität zeigen“; Drucksache 18/6365 (17.10.2023)**

*Hans Ulrich Gössl, Stellvertretender Referatsleiter - Referat für Europäische Katastrophenschutzpolitik, Generaldirektion für Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe (DG ECHO) der Europäischen Kommission*

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN 18. WAHLPERIODE
<b>STELLUNGNAHME 18/1315</b>
A06, A09

## **I. Zusammenfassung:**

Diese Stellungnahme unterstützt das Grundanliegen des Antrags, Katastrophenschutzhilfe auf EU-Ebene sowie eine Koordinierung zwischen europäischen und nationalen Kapazitäten im Katastrophenschutz zu stärken. Insbesondere im Bereich der Katastrophenvorsorge bieten sich dazu mehrere Optionen. So kann ein potenzielles verstärktes Engagement im Europäischen Katastrophenschutzpool (ECPP), ein mögliches Interesse an durch das Europäische Katastrophenschutzverfahren (UCPM) kofinanzierte Übungen mit nationalen Kapazitäten sowie ein breites Engagement im EU-Wissensnetzwerk für Katastrophenschutz als sehr positiv erachtet werden, um den europäischen Katastrophenschutz durch Initiativen in Nordrhein-Westfalen zu stärken.

## **II. Hintergrund:**

### **Auswirkungen des Klimawandels**

1. Die Auswirkungen des Klimawandels auf Europa und Deutschland sind bereits deutlich spürbar und zeigen sich in verschiedenen Sektoren. Eine der offensichtlichsten Auswirkungen ist die Zunahme extremer Wetterereignisse wie Hitzewellen, Starkregen und Stürme. Diese Ereignisse führen bereits aktuell zu Schäden an Infrastruktur, Umwelt und privatem Eigentum sowie auch zu menschlichen Verletzungen und Todesfällen.
2. Für die Zukunft sind verschiedene Szenarien denkbar, von denen die große Mehrzahl weiterhin steigende Durchschnittstemperaturen, stärkere Temperaturschwankungen und Extremwetterereignisse mit erheblichen menschlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Schäden vorhersehen.
3. Um die negativen Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen, sind eine konzertierte internationale Anstrengung und eine umfassende Transformation in allen Bereichen der Gesellschaft erforderlich. Dies erfordert politische Entschlossenheit, technologische Innovationen, eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und das Engagement jedes Einzelnen, um den Schutz der Bevölkerung weiterhin zu gewährleisten.
4. Waldbrände sind nur ein Beispiel für die zunehmende Gefahr, der Europa, Deutschland und Nordrhein-Westfalen aufgrund des Klimawandels ausgesetzt ist. Hier zeigt sich die Wichtigkeit präventiver und vorsorgender Maßnahmen, um die Wälder zu schützen, die Bevölkerung zu sensibilisieren und in Notfallsituationen schnell und effektiv zu handeln. Der Klimawandel erfordert eine entschlossene Reaktion auf nationaler und internationaler

Ebene, um die zerstörerischen Auswirkungen auf die Umwelt und die Gesellschaft zu begrenzen.

5. Aufzeichnungen des European Forest Fire Information Systems (EFFIS) unterstreichen über die letzten Jahre, was BürgerInnen der EU schon länger im täglichen Leben qualitativ erfahren:
  - Eine generelle Zunahme der Risiken und Brände (in Anzahl und verbrannter Fläche) sowie ein potenziell beschleunigter Trend dieser Zunahme für die kommenden Jahre.
  - Die geografische Ausbreitung der Brände hat sich verändert: Während großflächige Waldbrände früher hauptsächlich ein Problem im Mittelmeerraum waren, breiten sie sich nun auch vermehrt nach Norden und Osten aus. Beispiele dafür sind Hilfsansuchen über das Europäische Katastrophenschutzverfahren (UCPM) für die Bekämpfung von Waldbränden in Schweden (2018), Österreich (2021), Tschechien und Deutschland (2022).
  - Die Saison der Waldbrände wird länger. Sie beginnen früher und enden später. Ein Beispiel hierfür war das Hilfsansuchen aus Österreich zur Bekämpfung eines großflächigen Waldbrands von Ende Oktober bis Anfang November 2021.

Diese Erfahrungen verdeutlichen, dass Waldbrände ein zunehmendes pan-europäisches Problem darstellen und dringend eine verstärkte Koordinierung von Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene erfordern.

6. Die europäische Kommission hat darauf in enger Zusammenarbeit mit EU-Mitgliedsstaaten und anderen teilnehmenden Ländern am Europäischen Katastrophenschutzverfahren mit der beschleunigten Anschaffung von Flugzeugen und Hubschraubern zur Waldbrandbekämpfung unter dem Programm „rescEU“ reagiert. Das hat unter anderem zu einer Verdoppelung der unter „rescEU“ verfügbaren Flugzeuge und Hubschrauber für die Waldbrandsaison 2023 geführt. Weiters wurde ein Programm zur Vorabpositionierung von Teams zur Waldbrandbekämpfung in besonders gefährdeten Risikogebieten in Europa gestartet und kofinanziert sowie ein spezifischer Aktionsplan zur Prävention von Waldbränden in enger Abstimmung mit nationalen Katastrophenschutzbehörden entwickelt.
7. Neben der gesteigerten Gefahr von Wald- und Vegetationsbränden zeigten sich extreme Wetterereignisse insbesondere während des vergangenen Jahres auch in einer Reihe von Überschwemmungen. In Deutschland betraf das zahlreiche Regionen entlang der Flüsse Rhein, Elbe und Donau und verursachte teils erhebliche Schäden.
8. Allein im Jahr 2023 wurde das Europäische Katastrophenschutzverfahren im Zusammenhang mit plötzlichen und schwer vorhersehbaren Überschwemmungen von zuständigen Behörden in Italien, Slowenien, Deutschland (Niedersachsen) und Frankreich aktiviert, um europäisch koordinierte Hilfeoperationen zur Unterstützung bei der Bewältigung dieser Überschwemmungen anzufordern.

9. Diese Beispiele verdeutlichen die zunehmenden Anforderungen extremer Wetterereignissen an lokale, regionale und nationale Katastrophenschutzkapazitäten. Sie unterstreichen auch die Notwendigkeit, sowohl kurzfristig als auch langfristig Maßnahmen zu ergreifen, um die Anfälligkeit für solche durch den Klimawandel verstärkten Naturkatastrophen zu verringern und eine breite Resilienz dagegen in der Gesellschaft zu verbessern.

### **Geopolitische Sicherheitslage**

10. In die Risikoanalyse für Deutschland und Nordrhein-Westfalen müssen neben den Auswirkungen des Klimawandels und Naturkatastrophen auch geopolitische Ereignisse und Sicherheitslagen einbezogen werden. Die derzeitige sicherheitspolitische Lage bleibt sehr dynamisch und bedarf eines integrierten Zusammenwirkens verschiedener Bereiche des Bevölkerung- und Katastrophenschutzes. Beispiele für aktuelle sicherheitsrelevante Entwicklungen und deren potenzielle Auswirkungen beinhalten:

- Russlands Angriffskrieg in der Ukraine und dessen direkte Auswirkungen auf die Sicherheit in ganz Europa. Eine Eskalation des Konflikts könnte zu einer weiteren Verschlechterung der Sicherheitslage führen, einschließlich möglicher Cyberangriffe, Desinformationskampagnen, Migrationsbewegungen, oder einer Kombination verschiedener Elemente in Form hybrider Bedrohungen. Eine Ausweitung des Krieges auf EU-Territorium wird von nationalen Entscheidungsträgern und Verteidigungsministern einiger EU-Mitgliedstaaten nicht mehr für undenkbar gehalten.
- Eine weitere Eskalation des Gaza-Konflikts könnte ebenfalls weitreichende Auswirkungen auf die europäische Sicherheitslage haben, inklusive großer Fluchtbewegungen nach Europa.

In beiden Fällen liefert das Europäische Katastrophenschutzverfahren seit Monaten koordinierte Hilfe in die bedürftigen Regionen. Zudem wurden in ähnlichen Konfliktsituationen auch kurzfristige Rückführungen von deutschen und europäischen StaatsbürgerInnen aus Konflikten in Afghanistan, Sudan, oder Niger durchgeführt. Eine weitere (auch klimabedingte) Verschlechterung der Sicherheitslage und dadurch bedingter Anstieg von Konflikten in und um Europa würde deshalb sehr wahrscheinlich auf allen Ebenen zu einem erhöhten Bedarf an Koordinierung und Kapazitäten im Katastrophenschutz führen.

11. Zusätzlich zu diesen Risiken gibt es eine **potenziell zunehmende Verwundbarkeit und Anfälligkeit für Störungen** von gesellschaftlichen Kernfunktionen auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene zu berücksichtigen.
- Die COVID-19-Pandemie hat die Verwundbarkeit von Gesundheitssystemen und die Notwendigkeit einer umfassenden Vorbereitung auf Pandemien aufgezeigt. Zukünftige Ausbrüche von Krankheiten oder Gesundheitskrisen könnten erhebliche Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit, die Gesellschaft und die Wirtschaft haben. Es ist in diesem Zusammenhang essentiell, Pandemiepläne zu entwickeln

und/oder zu aktualisieren, die Gesundheitsinfrastruktur zu stärken und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ebenen des Gesundheitssystems (auch auf EU-Ebene) zu verbessern.

- Kritische Infrastrukturen wie Energieversorgung, Verkehrssysteme, Kommunikationsnetze und Wassersysteme sind wesentliche Bestandteile des täglichen Lebens und der Wirtschaft. Durch die Digitalisierung und Optimierung dieser Systeme sind sie potenziell allerdings auch anfälliger für Störungen geworden. Ihre Unterbrechung oder Zerstörung durch Naturkatastrophen, technische Ausfälle oder Angriffe kann schwerwiegende Folgen haben und das Funktionieren der Gesellschaft erheblich beeinträchtigen. Der Schutz kritischer Infrastrukturen erfordert gezielte Investitionen in ihre Resilienz, die Entwicklung von Notfallplänen und die verstärkte und breitere Zusammenarbeit zwischen Regierung, Privatsektor und anderen Interessengruppen.
12. Die Identifizierung, Bewertung und Bewältigung dieser Risiken ist entscheidend für den Bevölkerungsschutz und erfordert eine ganzheitliche und koordinierte Herangehensweise auf allen Regierungsebenen sowie die Beteiligung von Unternehmen, Gemeinden und der Bevölkerung selbst.
  13. Diese sich verändernde Risikolandschaft kann im Europäischen Katastrophenschutzverfahren unter anderem auch mit Einsatzdaten hinterlegt werden. Im Jahrzehnt 2010-2019 wurde im Durchschnitt rund 20 Hilfsersuchen an die EU gerichtet, während sich diese Anzahl in den letzten vier Jahren mit jeweils (zum Teil deutlich) mehr als 100 Hilfeansuchen pro Jahr mehr als verfünffacht hat. Zudem hat sich nicht nur die Anzahl der Hilfeansuchen deutlich erhöht, sondern auch die Breite involvierter Sektoren und Komplexität der erforderlichen Koordinierung, um die notwendigen Hilfsmittel zu Verfügung stellen.
  14. Die vermehrte Inanspruchnahme des Europäischen Katastrophenschutzverfahrens lässt sich teilweise darauf zurückführen, dass sich dieser Mechanismus als effektives und effizientes Instrument etabliert hat. Hauptmerkmal der Zunahme der Aktivierungen scheint jedoch zu sein, dass EU-Mitgliedsstaaten vermehrt mit komplexen und sektorenübergreifenden Katastrophen, welche zudem teilweise auch sehr langanhaltend sind, konfrontiert werden. Dieser neuen Dimension an Risiken und Katastrophenszenarien kann kein Mitgliedsstaat alleine effizient begegnen. Deshalb muss lokale und regionale Resilienz zunehmend auch europäisch gedacht werden.

### **Mehrwert des Europäischen Katastrophenschutzverfahrens für EU-Mitgliedstaaten**

15. In einer externen Evaluierung des Verfahrens<sup>1</sup> wurde festgestellt, dass dieses in den letzten Jahren für EU-Mitgliedsstaaten, Teilnehmerländer und Drittländer einen expliziten Mehrwert in der Prävention, Vorsorge und Reaktion auf Katastrophen darstellte. Das

---

<sup>1</sup> [report interim evaluation of the implementation of decision no. 13132013eu on a union civil protection mechanism v1.pdf \(europa.eu\)](#)

Verfahren war ausschlaggebend daran beteiligt, Ergebnisse zu erzielen, die allein auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene nicht erreichbar gewesen wären.

16. Zu den Hauptelementen, die Wert für nationale Katastrophenschutzaktivitäten schöpfen, gehören die verbesserte Koordinierung (durch das Europäische Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen - [ERCC](#)), die Ressourcenbündelung ([rescEU](#), [ECPP](#)) verschiedener nationaler Einsatzkapazitäten, Kosteneinsparungen, der Austausch von Wissen und Erfahrung (zB im strukturierten Rahmen des [EU-Wissensnetzwerk für Katastrophenschutz](#)), die Kapazitätsentwicklung durch gezielte Schulungen, praktische Katastrophenschutzübungen und ein verbessertes Risikobewusstsein sowie die Möglichkeit über das EU-Verfahren europäische Solidarität und internationaler Einfluss vermitteln zu können.

### **Anmerkungen zur Beschlussfassung**

17. Im Hinblick auf die oben beschriebene, sich drastisch veränderte Risikolage in Nordrhein-Westfalen, Deutschland und Europa ist eine sektorübergreifende Vernetzung und generelle Stärkung des Bevölkerung- und Katastrophenschutzes notwendig. Vor diesem Hintergrund ist der Antrag 18/6365 unterstützenswert.
18. Zur Bekämpfung von großen, grenzüberschreitenden Risikolagen hat sich die vermehrte Koordinierung von durch das ERCC als sehr effektiv und zielführend herausgestellt. Diese koordinierende Funktion im Fall einer Großschadenslage ist ein Schlüsselement des Europäischen Katastrophenschutzverfahrens und sollte weiter gestärkt und zunehmend sektorübergreifend beübt werden.
19. Im Bereich der Entwicklung von Einsatzkapazitäten sind die EU-Mitgliedsstaaten und die Europäische Kommission im Prozess, neue Kapazitätsziele und Qualitätsstandards für den Europäischen Katastrophenschutzpools (ECPP) festzulegen. Es herrscht generelle Übereinstimmung, dass der ECPP weiter ausgebaut werden muss. Die positive Einstellung des Antrags in diesem Zusammenhang wird ausdrücklich begrüßt.
20. Das Land Nordrhein-Westfalen hat bereits ein Feuerlöschmodul im von der EU kofinanzierten ECPP gemeldet und trägt damit bereits zur Stärkung der Vorsorge europäischer Ebene bei. Im Rahmen der derzeitigen Überarbeitung des Rechtsrahmens für den ECPP sollen in Zukunft auch Transport- und Logistik-Module im ECPP durch Mitgliedsstaaten (oder das Land Nordrhein-Westfalen) bereitgestellt werden können.
21. Die von der Europäischen Kommission als Sicherheitsnetz entwickelte Ebene von vollständig aus dem EU-Budget finanzierten „rescEU“ Einsatzkapazitäten hat sich als instrumental zur Bewältigung von Krisenereignissen erwiesen, die die Kapazitäten von sowohl nationalen als auch im ECPP registrierten Einsatzkräften übersteigen. Durch die positiven Erfahrungen und Notwendigkeit des vielfachen Einsatzes von „rescEU“ Kapazitäten wurde dieses Instrument von der ursprünglich prioritär definierten Bekämpfung von Waldbränden auf weitere Sektoren erweitert, wie u.a. die Bevorratung von medizinischen Gütern, mobile Unterbringungsmöglichkeiten oder Transport- und Logistikkapazitäten.

22. Für den Ausbau solcher rescEU Kapazitäten wurden erhebliche Mittel aus dem Budget der Europäischen Kommission sowie aus dem EU-Wiederaufbau-Fond „NextGenerationEU“ (NGEU) eingesetzt. Die zur Verfügung stehenden Finanzmittel sind jedoch größtenteils bereits durch vollendete Ausschreibungen mit EU-Mitgliedsstaaten und anderen am Verfahren teilnehmenden Ländern gebunden. So hat bereits Polen den Zuschlag für die Implementierung einer rescEU Transport- und Logistik-Kapazität erhalten, die sich derzeit im Aufbau befindet.
23. Mittelfristig (insbesondere in Abhängigkeit der Verfügbarkeit neuer Budgetmittel im neuen mehrjährigen EU-Finanzrahmen ab 2028), und auf Basis europaweiter, sektorübergreifender Risikoanalysen und Teilnahmewettbewerbe, kann die Positionierung einer rescEU Transport- und Logistik-Kapazität in Bonn möglicherweise positiv betrachtet werden. Unmittelbar sind dafür allerdings voraussichtlich keine oder nur limitierte Budgetmittel vorhanden.
24. Zudem bieten sich dem Land Nordrhein-Westfalen weitere Möglichkeiten von einer verstärkten Einbindung in das Katastrophenschutzverfahren zu profitieren. Durch das [„knowledge for action in prevention and preparedness“](#) (KAPP) Programm des Verfahrens können Mittel für innovative, grenzüberschreitende Projekte zur Stärkung des Bevölkerungsschutzes beantragt werden. Des Weiteren finanziert das Verfahren durch den KAPP beispielsweise grenzüberschreitende Übungen (full-scale exercise). Das Land Nordrhein-Westfalen hat hier die Möglichkeit grenzüberschreitende Bedrohungslagen zu mit EU-Kofinanzierung zu üben und daraus resultierende Erkenntnisse sowohl in das eigene System als auch in das EU-Wissensnetzwerk für Katastrophenschutz einzubringen.
25. Gleichsam haben sich die gegenseitigen Begutachtungen („Peer Reviews“), bei denen Experten aus Mitgliedsstaaten durch das UCPM entsandt werden und spezifische Gefahrenbeurteilungen durchführen, im Erfahrungsaustausch und in der weiteren Verbesserung von Katastrophenschutzstrukturen als sehr hilfreich erwiesen. Vor dem Hintergrund gestiegener Waldbrandgefahren wird unter anderem auch das Land Brandenburg eine solche „Peer Review“ im Oktober 2024 durchführen.
26. Sehr operativ hilfreich für den gemeinsamen Erfahrungsaustausch und die Stärkung europäischer Solidarität ist auch das Modell der Vorabpositionierung von Teams für die Waldbrandbekämpfung. In den vergangenen Jahren haben die Länder Baden-Württemberg und Bayern Teams in südeuropäischen Partnerländern positioniert, und sowohl bei der Bekämpfung von Bränden mitgewirkt, als auch neues Knowhow von lokalen Einsatzkräften erhalten. Diese Möglichkeit könnte ebenfalls in Erwägung gezogen werden, um eine stärkere Koordinierung von Nordrhein-Westfalen im Europäischen Katastrophenschutzverfahren zu ermöglichen.

